

berufung der Friedenskonferenz und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland verständigen. Aber dies erfordert zugleich, daß sich innenpolitisch in Westdeutschland ein Umschwung anbahnt; denn die Gefahr des Militarismus besteht doch nicht darin, daß die in Westdeutschland stationierten amerikanischen Besatzungstruppen den deutschen Militarismus unterstützen; denn dieser ist in Westdeutschland selbst verwurzelt. Deshalb besteht die innenpolitische Aufgabe darin, den Kampf gegen den deutschen Militarismus, gegen die Blutrichter, gegen die Ribbentrop-Diplomaten usw. zu führen. Das erfordert, daß die Arbeiterklasse der DDR die Einigung der Arbeiterklasse ganz Deutschlands gegen die Revanchepolitiker, gegen die Atomkriegspolitiker, gegen die Rassenhetzer, gegen die Antijuden-Kampagne, wie sie in Westdeutschland von gewissen Kreisen geführt wird, und für ein wirklich friedliebendes, demokratisches Deutschland zustande bringt.

Wenn diese Einigung der Arbeiterklasse zustande kommt, deren Ansätze sich auf der Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig zeigten, werden sich breite Kreise der Bauern, der Intelligenz, des Kleinbürgertums mit der Arbeiterklasse verbünden, und es wird sich in Westdeutschland eine große Kraft entwickeln, gegen die kein Strauß, kein Adenauer und kein Schröder in der Lage sein wird, die Atomrüstung weiterzuführen.

Wenn wir die Vorbereitung des Friedensvertrages von diesem Standpunkt aus betrachten und erkennen, welche hohe Verantwortung die Arbeiterklasse hat, damit sich die nationalen Interessen des deutschen Volkes, die gegen den Militarismus und deutschen Imperialismus gerichtet sind, durchsetzen können, dann müßte jedem die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik klar werden.

In Westdeutschland wird bestimmten Kreisen bewußt, daß mit dem Friedensvertragsentwurf die Deutsche Demokratische Republik vor dem ganzen deutschen Volke als der rechtmäßige Staat in Erscheinung tritt, als der Staat, der den Weg zu einer friedlichen Zukunft des deutschen Volkes verkörpert. Einige bürgerliche Politiker in Westdeutschland haben geäußert, daß es zwar in Westdeutschland erfahrene Industriekapitäne gibt, aber keine geistige und politische Führung von Qualität. Das sagen sie, nachdem sie sehen, daß sie Adenauer in die Sackgasse, in das politische Stalingrad führt. Es ist sehr interessant, daß jetzt in bestimmten Kreisen, auch bürgerlichen Kreisen, das Nachdenken darüber beginnt, daß es doch falsch war, das Wiedererstehen des Militarismus zuzulassen. Eine großbürgerliche Zeitung schreibt: „Wahrscheinlich stehen Westdeutschland große Erschütterungen bevor. Mit ihnen endet die Epoche der Nachkriegszeit, und mit ihnen bereitet sich gleichzeitig eine neue Epoche vor, die im Augenblick etwas unheimlich und dunkel vor uns liegt.“ „Was ist dabei zu tun?“ fragen die Herren.

Ganz einfach, das beste ist, sie unterstützen den Vorschlag für einen Friedensvertrag. Dann ist die Zukunft auch für diese westdeutschen Kreise nicht mehr dunkel. Das heißt, auch gewisse Kreise der Bourgeoisie spüren, daß sich in Deutschland mit dem Friedensvertrag etwas Neues entwickelt. Und dieses Neue ist, daß die Friedenspolitik und das große Aufbauwerk der Deutschen Demokratischen Republik weithin nach Westen leuchten werden und sich erweisen wird, daß die DDR die nationalen Interessen des deutschen Volkes konsequent vertritt. **Darin liegt das Neue!**